Zeitschrift: Mariastein : Monatsblätter zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Pilgern und Heiligtum

Herausgeber: Benediktiner von Mariastein

Band: 57 (1980)

Heft: 3

Artikel: Wir sind uns einig : "Vollständige Trennung von Staat und Kirche"? - NEIN!

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1030663

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans Bieli
Andreas Cavelti
Simon Dreyfuss
Peter Rotach

Wir sind uns einig:

"Vollständige Trennung von Staat und Kirche"? - NEIN!

Liebe Gemeindemitglieder!

Am Wochenende vom 2. März findet die eidgenössische Volksabstimmung über die Initiative "betreffend die vollständige Trennung von Staat und Kirche" statt.

Was will die Trennungsinitiative?
Sie verlangt einen neuen Art. 51 der Bundesverfassung: "Kirche und Staat sind vollständig getrennt". Das wäre das Ende der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche.

Was will man uns da einbrocken?
Ein grosser Teil dessen, was unsere Eidgenossenschaft von Anfang an geprägt, was sich bis zum heutigen Tag organisch weiterentwickelt hat, soll zerstört werden. In keinem westlichen Land, höchstens dagegen in der Sowjetunion und einzelnen ihr hörigen Staaten, existiert eine derart extreme Lösung. Religionsunterricht hätte aus den öffentlichen Schulen zu verschwinden. Eine geregelte Spital- und Anstaltsseelsorge wäre nicht mehr möglich. Die gute Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche im Sozialbereich würde aufhören.

Bund und alle Kantone warnen vor der Trennungsinitiative
Das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens war eindeutig:

1. Die Eigenständigkeit der Kantone in Kirchenfragen darf nicht zerstört werden.

2. Die wirksame Mitarbeit der Religionsgemeinschaften für die Grundwerte der Gesellschaft - z.B. Achtung der Menschenwürde, Liebe, Wahrhaftigkeit, Friede, Gerechtigkeit - ist auch in einer pluralistischen Gesellschaft unbedingt notwendig.

3. Die Initiative würde sozial nur Nachteile bringen. Die vollständige Trennung von Kirche und Staat "würde auf dem sozialen Sektor eine wesentliche Verschlechterung, namentlich für alle Notleidenden und Bedrängten, bringen" (Regierungsrat Basel-Stadt).

4. Um die drastische Schwächung der kirchlichen Sozialarbeit auch nur einigermassen auszugleichen, müsste der Staat wesentlich höhere Steuern verlangen.

Bundesrat, Nationalrat (127:3 Stimmen) und Ständerat (38:0) empfehlen Ablehnung des extremen Begehrens. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz, in der auch die Freikirchen der Methodisten und Baptisten sowie die Heilsarmee mitarbeiten, lehnt ebenso einstimmig ab.

Die freiheitliche Basler Lösung wäre gefährdet

Kirche und Staat sind in Basel-Stadt seit 1911 weitgehend getrennt. Aber sie sind nicht in Beziehungslosigkeit auseinandergerissen, wie der Initiativtext dies verlangt. Die Kirchen sind selbständig und selbsttragend.

Dieses weitherum als vorbildlich geltende Basler Modell wurde in der kantonalen Volksabstimmung vom 3. Dezember 1972 eindrücklich bestätigt und weitergeführt. Mit 48 314 Ja gegen 23 941 Nein wurden die Römisch-katholische Kirche und - erstmals in einem Kanton der Schweiz - auch die Israelitische Gemeinde zu Körperschaften des öffentlichen Rechts. Damit wurden sie der Evangelisch-reformierten Kirche und der Christkatholischen Kirche gleichgestellt. Dahinter wollen wir nicht zurück!

Darum am 2. März: NEIN zur Trennungsinitiative!

Mit freundlichen Grüssen

Ihre

Hans Bieli, Präsident der Christkatholischen Kirche

Andreas Cavelti, Regionaldekan der Römisch-katholischen Kirche

Simon Dreyfuss, Präsident der Israelitischen Gemeinde

Peter Rotach, Kirchenratspräsident der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt

PS.

Einig sind wir uns ja. Aber das muss auch an der Urne zum Ausdruck kommen! Wenn Sie verhindert sind, am 1./2. März zur Urne zu gehen (Achtung: Ende der Fasnachtsferien!), bitten wir Sie um schriftliche Stimmabgabe. (Erklärung auf der Rückseite des Stimmcouverts).